

Rosenbergstrasse 115

Dumpfbackigkeit herrsche, meint ein Kommentator zur Sendung mit den Fussballfans, die sich nationenweise im Fernsehapparat aus-dem-Fenster-werfen, Als-Gruppe-möglichst-laut-schreien sowie Bierflaschen-öffnen messen. Diese wahnsinnig lustige Spielesendung ist als Einstieg in die Fussball-Europameisterschaft Euro 08 gedacht. Da schämt man sich fast ein wenig, Fussballfan zu sein. Oder besser: Man ärgert sich, dass das offenbar das Bild ist, das die Verantwortlichen des Schweizer Fernsehens von den Leuten haben, die sich gerne spannende Fussballspiele ansehen. Dumpfbackigkeit? Arg untertrieben.



Offenbar versteht die breite Bevölkerung die vielen englischsprachigen Werbebotschaften überhaupt nicht, wie eine Studie festgestellt hat. Mit «Be inspired» oder «Powered by Emotions» wussten die meisten Leute nichts anzufangen oder übersetzten Letzteres gar mit «Kraft durch Freude». Den Trend zurück zum deutschen Sprachgut machen aber doch nicht alle Firmen mit. Beispiele dafür sind «The Coke side of Life» (Coca Cola) oder «Have it your way» (Burger King). Zwar verstanden letzteren Slogan wenig mehr als 20 Prozent, über die Hälfte aber fanden ihn gut. Was einmal mehr beweist: Nicht alles, was die Leute gut finden, haben sie auch verstanden. (Damit ist nicht nur [aber auch] das «Spaaren» im Gesundheitswesen gemeint.)



Unsere (fast) letzte Staatsmonopolistin, die Post, verdient gemäss «geheimer» Studie mit der Briefzustellung offenbar eine ganze Menge Geld. Wer hätte das gedacht! Dabei ist das gar nicht ihre Aufgabe. Ihr Gesetzesauftrag ist es, flächendeckend die Grundversorgung mit Briefen, Paketen und Einzahlungen zu gewährleisten («Service public»). Für die Finanzierung dieser Aufgabe wurde ihr ein Monopol gewährt, das heute noch

Briefe unter 100 g umfasst. Verdient sie damit Geld, sollten eigentlich die Tarife gesenkt werden. Ansonsten böte sich als Alternative zur Tarifreduktion der Entzug des Monopolstatus an. Davon aber wollen weder BR Leuenberger noch Postchef Gygi noch die Gewerkschaften noch die Linksparteien etwas wissen. Erst im Jahr 2015 (sic!) soll die Post ganz dem Wettbewerb ausgesetzt werden und den Monopolstatus verlieren – so wie das in den meisten europäischen Ländern schon längst (und mit entsprechend niedrigeren Posttarifen) der Fall ist. «Überstürzt» nennen die Pöstler diesen Plan. (Zur Erinnerung: Wir schreiben heuer das Jahr 2007.)



Auch in Frankreich gehts um Privilegien. Jene der französischen Eisenbahner. Die beziehen wie weiland die dafür bekannten englischen Bähnler diverse Zulagen: einen Kohlezuschlag beispielsweise (fürs schwere Schippen der Kohle gedacht, heute wohl eher im übertragenen Sinn: «Kohle»-Zuschlag – ohne weitere Begründung), oder aber Neujahrs-, Strecken-, Arbeits- oder Reiseprämien. Da, wer in den Innendienst versetzt wird, solcher Lohnaufrundungen verlustig zu gehen drohte, hat man in modernen Zeiten auch noch eine sogenannte Augenprämie eingeführt – zur Kompensation der Belastung der Augen durch die Bildschirmarbeit. Voilà!



Und weiter gehts mit den Privilegien: Die SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) will den Grossen nicht nachstehen und macht munter mit beim Spiel um die dreisteste Abzocke. Die Entschädigungen für den SRG-Verwaltungsrat sollen von 12 000 auf 40 000 Franken steigen. Verwaltungsrat? Da dachten wir doch immer, die SRG sei ein Verein und keine Aktiengesellschaft, bei der die VR-Mitglieder zumindest ein (nicht immer nur theoretisches) persönliches finanzielles Risiko mittragen. Egal,

meint der Zentralrat der SRG, und erhöht auch noch die Sitzungsgelder um 100 Prozent (von 500 auf 1000 Franken – für wie lange dauernde Sitzungen übrigens?). Da gehts im Gleichen, dem Präsidenten der SRG ebenfalls eine moderate Anpassung für sein Teilzeitpensum zukommen zu lassen: statt bisher 133 000 neu (inkl. Spesen) 192 000 Franken. Sind ja nur unsere Gebührengelder, die wir der SRG selbst dann zahlen müssen, wenn wir nur RTL oder ZDF schauen.



Lasst uns doch mal ausrechnen, wie hoch – in Prozenten – diese Lohnerhöhungen fürs Sitzen in Sitzungen sind und lasst uns des Weiteren ausrechnen, wie hoch die Taxpunkte sein müssten, würden wir Ärzte uns eine ähnliche Anpassung des Einkommens verordnen.



Die Medikamentenpreise, eigentlich aber alle Preise, selbst jene der ärztlichen Dienstleistungen, sollen dem europäischen Niveau angepasst werden. Warum schliesslich sollen Schweizer Konsum-, Pati- und andere -enten mehr bezahlen als ihre Pendanten im benachbarten Ausland (D, F, DK, GB)? Die das fragen, sind vor allem «Die mit den Wölfen heulen» beziehungsweise «Die grosszügig mit dem Geld der anderen umgehen». Die Lösung heisst Parallelimporte und staatliche Preisverordnungen (Letzteres übrigens aus dem Departement unseres liberalen Bundesrats P.C. – ob er wohl deshalb bei gar niemandem mehr beliebt ist?). Wir fragen zum x-ten Mal: Gibt es unter solchen Prämissen eine stichhaltige wirtschaftliche Begründung dafür, nicht auch die Löhne und Entschädigungen (beispielsweise der Parlamentarier, der Beamten, der Bundesräte) dem Niveau der Nachbarstaaten (s.o., erweitert durch O, H, N, E, GR, I, P, S) anzupassen?

Richard Altorfer